

A. 1.18

Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

EinreicherInnen: MdL Cornelia Ernst, MdL Rico Gebhardt

Antrag:

Aufnahme eines neuen Punktes 4. 9. in das Landeswahlprogramm dafür wird Kapitel 4.9 alt zu 4.10:

„4.9. Für eine lebendige Grenzregion mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik

Mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 liegt Sachsen nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze.

Für eine europäische Zusammenarbeit über beide Grenzen hinweg bleibt noch viel zu tun: eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten oder die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region. Ebenso sind die Anstrengungen für einen zwischen den Nachbarstaaten abgestimmten Natur- und Umweltschutz zu intensivieren, um den wertvollen natürlichen Lebensraum für heutige und nachfolgende Generationen zu bewahren. In gleicher Weise setzen wir uns für ein von allen verantwortlichen Akteuren der Grenzregion gemeinsam getragenes Konzept für den Katastrophenschutz ein.

Wir wollen endlich die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass Schülerinnen und Schüler beiderseits der Grenzen die Schulen im jeweiligen Nachbarland besuchen können.

Wir unterstützen grenzüberschreitende kommunale Projekte nicht nur mit Absichtserklärungen, sondern werden diese Initiativen mit einer strukturellen Förderung ausstatten, die deren langfristigen Fortbestand garantiert. Wir wollen solche Projekte zu regionalen Institutionen mit eigenen Entscheidungskompetenzen entwickeln, mit denen die verschiedenen Akteure vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative, würde sächsische Politik nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Zusammenarbeit einen eigenen sächsischen Akzent verleihen.

Landtag und Staatsregierung müssen sich auf die ständig wachsenden Anforderungen einstellen, die sich aus der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Sachsen ergeben. Im künftigen Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch/-rechtlich hochqualifizierte Verwaltung und ein in jeder Hinsicht europafähiger Landtag von maßgeblicher Bedeutung.“

Begründung: erfolgt mündlich

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____